

MEHR MARKT WIRTSCHAFT

LÖSUNGEN FÜR DIE SIEBEN GRÖSSTEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN

BESCHLUSS DES 13. BUNDESMITTELSTANDSTAGS AM 1./2. SEPTEMBER 2017

Ausgangslage:

- Deutschland geht es im Jahr 2017 gut. Die Beschäftigung ist so hoch wie nie, die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Real-löhne steigen, die Renten auch. Die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen steigen auf immer neue Rekorde, die Schulden des Bundes werden erstmals reduziert. Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtern sich allerdings von Tag zu Tag und die Herausforderungen, z. B. durch Demografie und Digitalisierung, werden immer größer. Während andere Länder eine dynamische Entwicklung im Zeitalter der Digitalisierung erfahren, müssen die Wirtschaftsakteure in Deutschland mit den Folgen politischer Unsicherheit in Europa zurechtkommen und sehen sich am Heimatstandort zunehmend mit Regulierung, hohen Abgaben und Bürokratie konfrontiert. Die Arbeitsmarktregulierung, das Steuer- und die Sozialsysteme, ja, der ganze Staat müssen für diese Herausforderungen fit gemacht werden.
- Es ist aus ordnungspolitischer Sicht im Sinne einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung die Verpflichtung einer neuen CDU/CSU-geführten Bundesregierung, sich verstärkt um die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu sorgen. Damit soll Deutschland in Europa Vorbild für eine moderne und erfolgreiche Wirtschaftsordnung bleiben, ausgerichtet auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Unsere Forderungen orientieren sich an sieben gesellschaftsrelevanten Zukunftsthemen:

1.	Bürger und Unternehmen fair besteuern	4
2.	Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen	5
3.	Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln	8
4.	Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten	10
5.	Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln	12
6.	Sicherheit als Standortfaktor erhöhen	13
7.	Gesundheitsversorgung sichern	15

Zusammenfassung der Forderungen

1. Bürger und Unternehmen fair besteuern
 - a. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen verwenden
 - b. Einkommensteuertarifverlauf im unteren und mittleren Bereich absenken, Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro
 - c. Werbungskostenpauschbetrag deutlich erhöhen
 - d. Einheitlicher Grundfreibetrag für Kinder und Erwachsene, entsprechende Erhöhung des Kindergeldes
 - e. Soli ab 2020 ganz abschaffen
 - f. Keine Steuern erhöhen
2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen
 - a. Arbeitszeitgesetz auf die Vorgabe einer Wochenarbeitszeit beschränken
 - b. Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten/Heimarbeit anwenden
 - c. Wiedereinführung der Meisterpflicht
 - d. Meisterprüfung kostenlos
 - e. Meister-BAföG erhöhen
 - f. Erleichterte Fachkräftezuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz
 - g. Verbeamtungen nur noch mit korrekten Pensionsrückstellungen
 - h. Höhere Anteile von Aktien, Immobilien, Wagniskapital bei Altersvorsorge zulassen
 - i. Zulagen-Rente unbürokratischer gestalten
 - j. „Doppelverbeitragung“ abschaffen
 - k. Nachgelagerte Besteuerung bei Förderung von Wohnungsbau aufheben
 - l. Säulenübergreifendes Infosystem mit Überblick über alle Vorsorgedaten
3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa machen
 - a. Bundesdigitalminister
 - b. E-Government auf allen Verwaltungsebenen
 - c. Telekomaktien verkaufen und damit Glasfaserausbau beschleunigen
 - d. Big-Data-Gesetz, das Staat verpflichtet, seine Daten pseudonymisiert kostenlos zur Verfügung zu stellen
 - e. Keine Umsatzsteuer auf Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds
 - f. Startup-Schutzzone in den ersten 3 Jahren: Abgaben- und Bürokratiebefreiung
 - g. Startup-Klausel bei öffentlichen Vergaben um innovativen Unternehmen den Zugang zu staatlichen Aufträgen nicht zu verbauen
 - h. EU-Datenschutzgrundverordnung eins-zu-eins in Deutschland anwenden und Freiheiten nicht weiter einschränken
4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten
 - a. Feste Einspeisevergütungen durch Ausschreibungen ersetzen
 - b. Verpflichtung für EEG-Anbieter, in Speicher- bzw. Reservekapazitäten zu investieren
 - c. Befreiung der Speicherbetreiber von der EEG-Umlage und allen weiteren Umlagen
 - d. Vorgaben der EnEV 2016 nicht verschärfen
 - e. Perspektivisch ausschließlich den EU-Emissionshandel als Leitinstrument für Klimaschutz verfolgen
 - f. Einstieg in den Ausstieg aus der EEG Förderung für Neuanlagen

5. Für Wohlstand, Wachstum und Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln
 - a. Gegen Werbeverbote
 - b. Verbraucherschutz muss evidenzbasiert erfolgen
 - c. Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau
 - d. Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren
 - e. Mindestlohnbürokratie abbauen (Auftraggeberhaftung, Praktika, Aufzeichnungspflichten)
 - f. Bonus-Malus-Regelungen bei öffentlichen Bauaufträgen
6. Sicherheit als Standortfaktor erhöhen
 - a. Mehr Polizei und mehr Videoüberwachung
 - b. Schnellere Verurteilung, härtere Strafen
 - c. Sicherung der Außengrenzen und mehr Kompetenzen für die Bundespolizei
 - d. Mehr Bundeskompetenzen bei der Abwehr der Cyber-Kriminalität
 - e. Keine Tolerierung extremistischer Gruppen
7. Gesundheitsversorgung sichern
 - a. Medizin und Pflege als Wirtschaftsfaktor anerkennen
 - b. Mittelständische Strukturen erhalten und ausbauen
 - c. Diskriminierungsfreien und fairen Wettbewerb unter allen Leistungserbringern ermöglichen
 - d. Monopolartige Strukturen abbauen
 - e. Krankenkassen-dominierte Entscheidungsabläufe transparent gestalten
 - f. Wettbewerb durch ein stabiles Nebeneinander von GKV und PKV absichern
 - g. Kommission zur Reform des Gesundheitssystems einsetzen

1. Bürger und Unternehmen fair besteuern

Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss es sich zum Ziel setzen, das Steuersystem leistungsfreundlicher zu gestalten und jegliche zusätzliche Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen zu vermeiden. Dies schafft neue Spielräume für mehr Eigenverantwortung und Innovation.

1. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen reservieren
 - Die Steuerschätzungen sagen für dieses und die Folgejahre Steuermehreinnahmen von 25 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr voraus. Damit steigen die Steuern deutlich stärker als die Teuerungsrate und die Erhöhung der Tariflöhne. Es gibt damit ausreichend Spielraum für Steuersenkungen.
 - Ein Drittel der pro Jahr erwarteten Steuermehreinnahmen (im Vergleich zu 2016) muss für Steuersenkungen verwendet werden.
2. Einkommensteuertarif ändern: Die hart arbeitende Mitte entlasten
 - Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift heute bereits bei einem Einkommen von 54.000 Euro. Das ist das 1,3-Fache des durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers. Durch die regelmäßige Anpassung des Grundfreibetrags, ohne dass die Grenzsteuersätze oberhalb des Eingangsteuersatzes angepasst wurden, wurde die Steuerprogression immer steiler. Der stärkste Anstieg erfolgt zwischen Eingangsteuersatz und dem Grenzsteuersatz von 24 Prozent. Der Steuertarif muss wieder flacher verlaufen.
 - Wir fordern, den Tarifverlauf insgesamt zu strecken und besonders für mittlere Einkommen eine spürbare Entlastung zu erreichen: Das bedeutet u. a. eine Verschiebung des Grenzsteuersatzes von 24 Prozent auf höhere Einkommen, und den Spitzensteuersatz frühestens ab 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen greifen zu lassen.
 - Wir fordern eine deutliche Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags.
3. Familien entlasten

Es gibt etwa 150 familienpolitische Leistungen in Deutschland, die den Betroffenen häufig gar nicht bekannt sind. Die einfachste Unterstützung für Familien liegt in der Befreiung von Steuern bzw. in finanzieller Entlastung. Kinder und Erwachsene müssen steuerlich gleich viel wert sein.

 - Wir fordern, den Kinderfreibetrag durch einen Grundfreibetrag in der gleichen Höhe wie für Erwachsene zu ersetzen.
 - Wir fordern, das Kindergeld im gleichen Maße zu erhöhen, damit auch diejenigen gefördert werden, die von der Anhebung des Grundfreibetrags nicht profitieren würden.
4. Soli abschaffen
 - Der Grund für den Solidaritätszuschlag ist längst entfallen. Die Politik hat mehrfach versprochen, ihn 2019 abzuschaffen. Ein mehrjähriges Auslaufen würde diesem Versprechen entgegenstehen.
 - Wir fordern daher eine endgültige Abschaffung des Solidaritätszuschlags mit Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019.

5. Übergang von Ist- zur Sollbesteuerung im Umsatzsteuerrecht erhöhen
 - Die Grenzen für den Übergang von der Ist- zur Soll-Besteuerung im Umsatzsteuerrecht sind zu erhöhen, um damit das Wachstum kleiner Unternehmen zu unterstützen. Eine Erhöhung würde für kleine Unternehmen weniger Verwaltungsaufwand bedeuten und ihre Liquidität stabil halten.

6. Abgeltungsteuer so lange wie nötig zur Verhinderung von Steuerflucht behalten
 - Die Abgeltungsteuer hat sich als besonders wirkungsvolle Steuervereinfachung sowie als spürbare Maßnahme des Bürokratieabbaus bewährt. Vor allem war sie aber eingeführt worden, um Steuerflucht unattraktiv zu machen. So lange der internationale Informationsaustausch nicht funktioniert, wäre die Abschaffung der Abgeltungssteuer ein großes Risiko für den Standort Deutschland und die Steuereinnahmen.
 - Wir fordern, die Integration der Abgeltungsteuer in den Einkommensteuertarif nach dem früher abgeschafften Modell auf bürokratische und fiskalische sowie auf die Auswirkung auf Investitionsbereitschaft zu überprüfen und die Abgeltungsteuer so lange beizubehalten wie der internationale Informationsaustausch der Finanzbehörden nicht funktioniert.

7. Keine Steuererhöhungen
 - Die Steuereinnahmen des Staates steigen auf allen Ebenen stärker als die allgemeine Teuerungsrate. Der Staat hat – selbst bei zusätzlich anfallenden Ausgaben für Investitionen, Sicherheit und Bildung – genügend Einnahmen. Bei den Ausgaben sind längst noch nicht alle Effizienzreserven ausgeschöpft. Es gibt keinen Bedarf für Steuererhöhungen.
 - Es soll keine Steuererhöhungen geben, auch nicht zur Kompensation von Steuerensenkungen an anderer Stelle. Insbesondere die Einführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnen wir kategorisch ab.

2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen

Der deutsche Arbeitsmarkt ist noch nicht ausreichend für die großen Herausforderungen der Digitalisierung und Demografie gewappnet. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regeln für den Arbeitsmarkt entsprechend neu aufstellen. Zugleich ist die Alterung der deutschen Gesellschaft eine Belastung für die Sozialsysteme, aber auch für die Wirtschaft, der zunehmend Fachkräfte fehlen. Eine zukunfts-feste Altersversorgung, die einen angemessenen Lebensstandard im Alter sichert und eine Unterstützung durch staatliche Sozialleistungen weitgehend überflüssig macht, darf nicht zu einer übermäßigen Belastung der aktiv Arbeitenden und ihrer Arbeitgeber führen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird die Altersversorgung in einem stabilen Dreisäulenmodell denken und politisch so behandeln. Dafür benötigen wir eine Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge bei gleichzeitiger Reform der staatlichen Rentenversicherung. Darüber hinaus wird eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Einwanderung neu regeln und damit weltweit ein Signal an gut ausgebildete Menschen senden, sich in die Entwicklung unserer Gesellschaft einzubringen.

1. Arbeitsrecht an moderne arbeitnehmerfreundliche Arbeitsformen anpassen
 - Die Digitalisierung bietet für Arbeitnehmer viele Vorteile, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Dienstreisen können entfallen, Arbeitszeiten können flexibel gestaltet werden. In Branchen, die starken saisonalen Schwankungen unterliegen, können mit flexibleren Arbeitszeiten ganzjährige Beschäftigungsverhältnisse für die Beschäftigten wesentlich erleichtert werden. Diese möglichen Vorteile für Arbeitnehmer werden aber durch eine veraltete Regulierung von Arbeitszeitgesetz und Arbeitsstättenverordnung zum Teil verhindert. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regelwerke zur Gestaltung der Arbeitszeiten und des Arbeitsplatzes der Wirtschafts- und Arbeitnehmerpraxis entsprechend anpassen.
 - Wir fordern die Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche, gesetzlich zulässige, Höchstarbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden gemäß europäischer Standards. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung des Arbeitszeitvolumens, sondern nur um eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeiten.
 - Wir fordern die Reduzierung der täglichen Mindestruhezeit von derzeit 11 auf 8 Stunden.
 - Wir fordern die gesetzliche Erweiterung des Ausgleichszeitraums für Mehr- und Überstunden von derzeit 4 Monaten auf 12 Monate, auch durch die Einrichtung von Jahresarbeitszeitkonten.
 - Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Sozialpaket dürfen diese Ziele nicht gefährden. Das Subsidiaritätsprinzip ist zu beachten. Arbeits- und Sozialpolitik ist und bleibt Aufgabe der Mitgliedstaaten.
 - Wir fordern, die Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten (auf Reisen, beim Kunden und im Heimarbeitsplatz) anzuwenden.
 - Wir setzen uns für eine klare eindeutige und rechtssicher ausgestaltbare gesetzliche Abgrenzung zwischen Werkvertrags- und Arbeitsverhältnis ein, um die Risiken einer nicht erkannten Scheinselbstständigkeit für die im Wirtschaftsprozess stehenden Beteiligten auf ein Mindestmaß zu beschränken.
2. Zukunftsmodell duale Ausbildung: Meisterbrief stärken
 - Die deutsche duale Ausbildung ist ein Exportschlager. Sie garantiert optimale, praxisnahe Qualifizierung und bietet Jobchancen für junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und mit unterschiedlichsten Fähigkeiten. Sie muss neben der universitären Ausbildung weiter gestärkt werden.
 - Wir fordern, wo europa- und verfassungsrechtlich möglich, die Wiedereinführung der Meisterpflicht in möglichst vielen der 53 Handwerksberufe, in denen sie abgeschafft wurde, um dort die Ausbildungsanreize und die Qualität zu erhöhen.
 - Wir fordern, dass die Bundesregierung in den EU-Gremien jede Form der Einschränkung für natürliche Berufsreglementierung verhindert.
 - Wir fordern, dass die Meisterqualifikation gegenüber einem Studium nicht finanziell benachteiligt werden darf.
 - Wir fordern höhere Leistungen für das Meister-BAföG.

3. Einwanderung für ausländische Fachkräfte attraktiver machen
 - Das derzeitige Recht bietet bereits vielfältige Möglichkeiten, ausländische Fachkräfte und Studierende nach Deutschland zu holen. Allerdings ist es in seiner Vielfalt und Komplexität sowohl für ausländische Interessierte als auch für vor allem mittelständische Arbeitgeber schwer handhabbar.
 - Wir fordern die Zusammenfassung der bestehenden, in Gesetzen und Verordnungen verteilten Möglichkeiten der gezielten Fachkräftezuwanderung in einem Einwanderungsgesetz. Dieses soll die Verfahren und Zuständigkeiten im Ausland und Inland vereinheitlichen bzw. besser verzahnen und die Behörden verpflichten, als interessen- und unternehmerfreundliche Service-Stellen den Einwanderungsprozess unterstützend, unbürokratisch und schnell zu begleiten.
 - Bestehende materielle Lücken für erwünschte, aber derzeit nicht mögliche Fachkräfteeinwanderung müssen geschlossen werden, prozessuale Erschwernisse und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden.

4. Verbeamtung nur noch im hoheitlichen Kernbereich und mit testierten Pensionsrückstellungen
 - Die Anforderungen für den öffentlichen Dienst in einer sich wandelnden Gesellschaft erfordern flexiblere Instrumente der Personalarbeit. Austausch mit der Wirtschaft und berufliche Wechsel müssen erleichtert werden. Verbeamtungen passen da nicht mehr rein. Außerdem verlagern Verbeamtungen die Altersvorsorgelasten auf künftige Generationen, ohne dass das durch angemessene Rückstellungen transparent gemacht wird.
 - Wir fordern, dass Verbeamtungen nur noch erfolgen dürfen, wenn eine versicherungsmathematisch korrekte und testierte Pensionsrückstellung gebildet wird, über die der Staat bis zur Pensionierung des Beamten nicht verfügen darf.
 - Der Staat muss bei der künftigen Personalakquise prüfen, ob er jenseits der sicherheitsrelevanten hoheitlichen Aufgaben (Polizei, Zoll, Finanzverwaltung, Justiz, Bundeswehr) Verbeamtungen braucht oder ob die Tätigkeiten – wie derzeit zum Teil schon im Bereich der Lehrer und bei Verwaltungsberufen – auch von Angestellten erledigt werden können.

5. Höhere Rendite für eigenverantwortliche Altersvorsorge ermöglichen
 - Der Anteil von Aktien und Immobilien an Altersvorsorgeprodukten in Deutschland ist im Vergleich zu den europäischen Partnerländern weit unterdurchschnittlich. Damit wird in Niedrigzinsphasen das Vorsorgeniveau gefährdet. Investitionen in die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge müssen intensiviert werden.
 - Wir fordern die Zulassung eines höheren Anteils von Aktien, Immobilien und Wagniskapital im Anlageportfolio von Vorsorgeanbietern.

6. Anreize für betriebliche und private Altersvorsorge stärken
 - Für alle Einkommensklassen, aber gerade auch für Geringverdiener und für Menschen mit unsicheren Beschäftigungsaussichten muss sich die eigenverantwortliche Altersvorsorge lohnen. Neben den bereits angedachten Verbesserungen wie einem Grundfreibetrag bei der Grundsicherung im Alter für private und betriebliche Altersvorsorge sowie einer Dynamisierung der Zulagenhöhe müssen weitere abschreckende Elemente beseitigt werden.

- Die bisherige „Riester-Rente“ muss als Zulagenrente neu aufgestellt und vereinfacht werden. Insbesondere der Datenaustausch zwischen Behörden und die Antragsverfahren müssen so verändert werden, dass die Zulagen weitgehend automatisch errechnet und angepasst werden.
 - Die „Doppelverbeitragung“, also die Pflicht, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Einnahmen aus Direktversicherungen und Versorgungsbezüge zu bezahlen, auch wenn diese in der Ansparphase bereits aus verbeitragtem Einkommen finanziert wurden, muss beendet werden.
 - Die nachgelagerte Besteuerung muss mindestens für die Förderung von Wohnungsbau als privater Altersvorsorge aufgehoben und anderweitig geregelt werden.
7. **Transparenz schaffen**
- Um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich über ihr tatsächlich erwartbares Alterseinkommen zu informieren, benötigen sie mehr Transparenz.
 - Wir fordern daher die Einrichtung eines säulenübergreifenden Vorsorgeinformationssystems, das alle Rentenarten übersichtlich zusammenfasst. Damit dürfen keine unzumutbaren finanziellen und bürokratischen Auflagen für die Vorsorgeanbieter verbunden sein.
8. **Abschaffung Vorfälligkeit der SV-Beiträge**
- Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge stellt einen Kredit der Wirtschaft an die Sozialsysteme dar. Verbunden ist diese Vorfälligkeit mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand. Deshalb treten wir für eine rasche Rückkehr zum alten Rechtszustand ein, der vor dem 1. Januar 2006 galt.

3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln

Deutschland muss weltweiter Spitzenreiter bei der digitalen Infrastruktur und den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung werden. Ergänzend zur digitalen Infrastruktur ist die Entwicklung der physischen Infrastruktur essentiell, damit die moderne Gesellschaft von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren kann. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird eine Digitale Agenda entwickeln und sich als Ziel setzen, der digitalfreundlichste Industriestaat in Europa zu werden.

1. **Digitale Kompetenzen bündeln, Bundesdigitalminister einsetzen**
- Die Digitalisierung betrifft als Querschnittsaufgabe alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Die derzeitige Zersplitterung der Zuständigkeiten in bis zu sechs Bundesministerien ist mitverantwortlich dafür, dass Deutschland bei der Umsetzung des Themas gravierenden Nachholbedarf hat.
 - Wir fordern die Bündelung der Zuständigkeiten beim Chef des Bundeskanzleramtes oder einem Digitalstaatsminister im Kanzleramt mit Kabinettsrang und eigenem Stab (ähnlich der Kultur-Staatsministerin). Nur mit einer durchsetzungsfähigen, digitalaffinen und in Politik und Digitalwirtschaft anerkannten und vernetzten Persönlichkeit an der Spitze werden wir mit der Digitalen Agenda auf Tempo kommen.

- Bei diesem Minister sollten die Digitalangebote und die IT-Serviceestelle der ganzen Bundesverwaltung gebündelt werden.
 - Jede Behörde soll auf Leitungsebene einen zuständigen Digitalbeauftragten definieren. Bei der Besetzung der Leitungspositionen ist auf entsprechende Kompetenz zu achten.
2. Den digitalen Staat auf allen Verwaltungsebenen umsetzen
- Die Einführung von flächendeckendem eGovernment („digital first“) muss im Zusammenhang mit der Neuorganisation von Verwaltungsprozessen einhergehen. Die Schnittstellen müssen zudem verbindlich kompatibel definiert werden und damit den Bürgern und Unternehmen einen komfortablen Zugang zu den Leistungen des Staats ermöglichen. Vor allem die Unternehmen erleiden enormen bürokratischen Aufwand durch nicht standardisierte Verwaltungsanwendungen und regionale Lösungsansätze. Ziel sollte es sein, Anträge und Meldungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr mit bereits vorhandenen Daten institutionenübergreifend zu agieren.
 - Wir fordern die flächendeckende Einführung von eGovernment auf allen Verwaltungsebenen nach dem Prinzip „digital first“ sowie eine schrittweise Verschlinkung von Verwaltungsprozessen. Bürger und Unternehmen sollen dieselben Daten nur einmal bei einer Behörde liefern müssen, jede weitere staatliche oder kommunale Stelle muss intern Zugriff auf diese Daten haben.
3. Glasfaserausbau beschleunigen
- Der Breitbandausbau in Deutschland muss schneller gehen und vor allem die modernste Technologie fördern. Das Vectoring nutzt vor allem dem Staatsunternehmen Telekom. Es unterstützt ein Monopol und ist deshalb schon aus wettbewerblichen Gründen abzulehnen. Aber es verbaut als Zwischenschritt die Möglichkeit für die optimale technische Lösung, die ein flächendeckender Ausbau mit der Glasfasertechnologie FTTB/H wäre. Damit der Staat nicht zugleich Förderer, Regulierer und Marktteilnehmer bei einem für Deutschland so wichtigen Zukunftsthema ist, muss der Bund einen Großteil seiner Telekomanteile privatisieren.
 - Wir fordern die Konzentration aller Breitband-Förderprogramme des Bundes ausschließlich auf die Glasfasertechnologie FTTB/H.
 - Wir fordern den zügigen Verkauf eines Großteils der Telekom-Aktien.
 - Der Erlös dieses Verkaufs soll in einen Breitbandausbaufonds fließen, damit der Glasfaserausbau beschleunigt wird.
4. Öffentliche Daten für wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzung freigeben
- Der Staat verfügt über eine Vielzahl von Daten, deren anonymisierte Nutzung durch Wirtschaft und Wissenschaft erhebliche Innovationspotenziale bietet und Wirtschaft und Gesellschaft deutliche Fortschritte bringen könnte.
 - Wir fordern ein Gesetz zur strukturierten Datenanalyse („Big-Data-Gesetz“), das den Staat auf allen Ebenen verpflichtet, seine vorhandenen Daten pseudonymisiert für wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke kostenlos zur Verfügung zu stellen.
5. Startup-Förderung verbessern
- Noch immer gibt es unzureichende Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen und zu hohe bürokratische Auflagen für neue, innovative Unternehmen und

Geschäftsmodelle. Wir brauchen gerade in innovativen Bereichen eine neue Gründerkultur.

- Die Umsatzbesteuerung von Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds soll abgeschafft werden.
 - Innovative Startups sollen in den ersten drei Jahren der Gründung vollständig von Steuern und teilweise von Abgaben befreit werden. Bürokratische Auflagen, auch im Arbeitsrecht, müssen in diesem Zeitraum reduziert werden.
 - Bei öffentlichen Vergaben muss durch eine Startup-Klausel sichergestellt werden, dass Startups, die nicht über mehrjährige Marktpräsenz oder zahlreiche Referenzprojekte verfügen, berücksichtigt werden können.
6. Freiheit, Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft im global-digitalisierten Wettbewerb sicherstellen
- Qualitativ hochwertige Medienangebote – unabhängig, plural und für alle gleichermaßen erreichbar – sind unverzichtbar, um den gesellschaftlichen Konsens über unsere Grundwerte unter den Bedingungen der Digitalisierung zu erhalten. Damit Medienangebote wettbewerbsfähig gestaltet und unternehmerisch refinanziert werden können, ist die Verarbeitung von Daten unverzichtbar. Für die Nutzer sind Daten längst das Entgelt und die Gegenleistung für die Inanspruchnahme von Webangeboten, darunter journalistisch-redaktionelle. Die inklusive Teilhabe der Bürger am digitalen politisch-gesellschaftlichen Leben wird hierdurch erst ermöglicht.
 - Wir fordern, dass eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung bei sämtlichen daten- und informationspolitischen Entscheidungen nicht über die Einschränkungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) hinausgeht, auch um die Refinanzierungsmöglichkeiten von Medienangeboten zu sichern.
 - Wir fordern für jedwede Digitalregulierung gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktakteure. Regulierungsvorgaben, auch europäische, dürfen nicht zu rechtlichen oder faktischen Wettbewerbsvorteilen für die marktstarken, teilweise bereits marktdominanten Unternehmen der Plattformökonomie führen.

4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten

Das Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet in §1 die deutsche Energiepolitik auf das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz. Dieses findet in der aktuellen Energiepolitik wenig Beachtung und muss wieder ins Gleichgewicht gerückt werden. Die Energieversorgung muss auch in Zukunft sicher, sauber und bezahlbar sein.

Die eingeleiteten Reformen des Strommarktes, des EEG und des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) waren nur erste vorsichtige Schritte, um die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu gewährleisten. Weitere und größere Schritte müssen folgen, um jährliche Rekordkosten, immer neue staatliche Interventionen und abnehmende Netzstabilität, die zu einer schleichenden Deindustrialisierung führen, zu verhindern. Der Handlungsdruck für eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung der Energiewende war nie größer.

1. Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient gestalten
 - Das EEG hat sich zum Kostentreiber der Energiewende entwickelt und setzt zahlreiche Fehlanreize, die ökologisch unsinnig und ökonomisch schädlich sind. Der stetige Ausbau der Erneuerbaren stellt zwei wesentliche Anforderungen: Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien.
 - Um den Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient zu gestalten, fordern wir die konsequente Umstellung des EEG weg von festen Einspeisevergütungen, hin zu technologieoffenen Ausschreibungen ohne preistreibende Regionalisierung und Bagatellgrenzen.
 - Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit müssen die Anbieter erneuerbarer Energien in die Pflicht genommen werden, uns rund um die Uhr mit Strom zu versorgen. Hierzu müssen sie in Speicherkapazitäten investieren oder über offene Leistungsmärkte die Versorgungsgarantien absichern.
 - Speicherbetreiber müssen generell von der EEG-Umlage und allen weiteren Umlagen befreit werden.
 - Es muss ein Konzept erarbeitet werden, wie wir bis zum Ende der kommenden Wahlperiode aus der EEG Förderung für Neuanlagen aussteigen.
2. Keine weiteren überzogenen Auflagen beim Energieeinsparrecht
 - Die Kostensteigerungen der EnEV 2016 stehen in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den Einsparungen des Gesamtenergieverbrauchs. Mit überzogenen Bestimmungen werden Bauinvestitionen verhindert. Dringend benötigter Wohnraum wird nicht geschaffen, während die Preise zugleich deutlich steigen.
 - Wir fordern daher, keine weitere Verschärfung der heute gültigen Mindesteffizienzstandards zuzulassen und zunächst eine Evaluierung der bestehenden Vorschriften vorzunehmen.
 - Statt auf überzogene staatliche Vorgaben gilt es, auf technologieoffene Energieeffizienz- und Digitalisierungsmärkte zu setzen, damit sich die kosteneffizientesten Lösungen zur Einsparung von Primärenergie durchsetzen.
3. Klimaschutzpolitik mit wirtschaftlichem Sachverstand neu aufstellen
 - Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss weiter sicherstellen, dass Deutschland und Europa beim Klimaschutz voranschreiten. Entscheidend ist aber auch, zu welchen Kosten für den Wirtschaftsstandort Klimaschutz betrieben wird. Grundsätzliches Ziel muss es sein, CO₂-Emissionen möglichst kosteneffizient einzusparen. Das Wirtschaftlichkeitsgebot darf nicht gegenüber ideologischem Klimaschutz aufgegeben werden.
 - Wir fordern, dass Klimaschutzpolitik die Kosten für Bürger und Wirtschaft so gering wie möglich hält. Voraussetzung dafür sind belastbare Kosten-Nutzen-Analysen von Klimaschutz-Maßnahmen.
 - Klimaschutzpolitik sollte technologieoffen und innovationsfördernd ausgestaltet werden und den wirtschaftlichen Sachverstand von Unternehmen nutzen statt ihn bewusst auszuklammern.
 - Um Doppelbelastungen zu vermeiden, müssen die Bundes- und EU-Klimapolitik konsistent sein. Perspektivisch gilt es, nur noch ein europäisches CO₂-Einsparziel mit dem EU-Emissionshandel als Leitinstrument zu verfolgen.

5. Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln

Der Staat muss Leistung und Chancen ermöglichen, nicht beschneiden. Wir brauchen einen Staat, der Freiräume lässt – für die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft und für die Bürger als souveräne Marktakteure. Und er muss zugleich bürger- und unternehmensfreundlich seine Dienste zur Verfügung stellen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss sich mit konkreten Zielen und Maßnahmen dem Bürokratieabbau widmen, sie muss bevormundende Verbote und unsinnige Beschränkungen verhindern, Garant faktenbasierter Wirtschafts- und Verbraucherpolitik sein und sie muss den Staat zum Partner und Dienstleister für Bürger und Unternehmen umstrukturieren.

1. Der Staat soll den Verbraucher schützen, nicht bevormunden
 - Die Regulierung von Märkten und Marktkommunikation im Verbotsmodus stärkt weder Wohlstand und Wachstum noch Innovationen. Sie bevormundet die Menschen statt sie zu informierten Entscheidungen zu befähigen. Um Rechte zur Stärkung der Verbraucher zu etablieren und für ihre Durchsetzung zu sorgen, ist eine evidenzbasierte Politik erforderlich. Regelungsstrategien müssen so gewählt werden, dass sie hinreichend Schutz bieten, nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die Unternehmen führen und Freiräume für die Weiterentwicklung der marktwirtschaftlichen Instrumente der Wirtschaft bewahren.
 - Wir wenden uns gegen die Vorgabe bestimmter Lebensstile, politische Konsumlenkung und weitere Werbeverbote – sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene.
 - Wir verfolgen eine evidenzbasierte Verbraucherpolitik, die die Bürgerinnen und Bürger effektiv schützt.
 - Wir fordern und fördern die Übernahme von Verantwortung für faire Märkte durch die Wirtschaft.
2. Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau beim Bundestag etablieren
 - Eine wirksame Verhinderung und Rückführung von Bürokratie kann nur durch eine unabhängige, aber zugleich mächtige Kontrollinstanz verhindert werden.
 - Wir fordern einen unabhängigen Bürokratiebeauftragten des Bundestages, der bei jedem Gesetzgebungsverfahren ein Bürokratie-Votum einlegen kann, das im Gesetzgebungsverfahren überstimmt werden muss, und der – analog zum Wehrbeauftragten - jährlich einen Bürokratiebericht mit kritikwürdigen Fällen und Vorschlägen zur Bürokratiereduzierung abgibt. Darüber hinaus soll der Normenkontrollrat in seiner Funktion gestärkt werden.
3. Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren
 - Die Gesetzgeber auf europäischer Ebene, auf Bundes- und Länderebene schreiben den Unternehmen weit über hundert verschiedene Melde- und Auskunftspflichten für amtliche Statistiken vor. Insbesondere für Mittelständler ist das ein nur mit erheblichem Aufwand zu leistender Dienst an der Allgemeinheit, für den zum Teil die Sinnhaftigkeit nicht nachvollziehbar ist. Dabei liegen die meisten abgefragten Daten bei den Behörden längst vor.
 - Wir fordern, die statistischen Erhebungen auf europäischer und nationaler Ebene besser abzustimmen und die Mehrfacherfassung zu vermeiden. Für

Deutschland fordern wir die Zusammenfassung des Statistischen Bundesamtes und der Landesstatistikämter zu einem „Deutschen Statistikamt“ in der Verantwortung des Bundes.

- Wir fordern, dass das Statistikamt eine gesetzliche Grundlage bekommt, anonymisiert auf die Daten sämtlicher öffentlicher Register zuzugreifen, um automatisiert die Daten zu erhalten und dafür keine Umfragen mehr durchführen zu müssen. Ferner fordern wir eine Prüfung, inwieweit auch private Datenbanken für die Datenerhebung genutzt werden können, wenn dies ihre wirtschaftlichen Interessen nicht beeinträchtigt.
 - Wir fordern, beim Aufbau neuer öffentlicher Register (Bsp.: Gebäude- und Wohnregister) die Voraussetzungen für optimale Nutzung zu Statistikzwecken mit zu planen.
 - Wir fordern eine Überprüfung sämtlicher Statistikpflichten auf ihre Erforderlichkeit, vor allem ob die Erhebung zu politischen Schlussfolgerungen geführt hat. Dafür soll ein Relevanzspiegel regelmäßig eine Übersicht liefern, welche Statistiken tatsächlich nachgefragt werden.
 - Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Stichprobengrößen auf das absolut notwendige Minimum.
 - Wir fordern, dass Statistikerhebungen ausschließlich elektronisch erfolgen dürfen und dass verstärkt mit neuen Schätzmodellen und Hochrechnungen sowie Datenerhebungen, die ohne Befragungen auskommen, gearbeitet wird.
 - Wir fordern eine Pauschalerstattung, die den Unternehmen einen Teil des Erfassungsaufwandes ersetzt.
4. Gesetzlichen Mindestlohn praxistauglicher gestalten
- Unabhängig davon, ob ein gesetzlicher Mindestlohn an sich in der Höhe und Ausgestaltung wirtschaftsschädlich und arbeitsplatzgefährdend ist, sind die damit verbundenen Auflagen und Regulierungen jedenfalls für die Unternehmen mit völlig überzogener Bürokratie und zum Teil mit hohen Risiken verbunden, ohne dass dieser Aufwand die Möglichkeit des Missbrauchs wirksam reduziert.
 - Wir fordern daher, die bürokratischen Auflagen beim Mindestlohn, die sich als unwirksam und schädlich herausgestellt haben, wieder aufzuheben. Dazu gehören Regelungen zur Auftraggeberhaftung genauso wie die Begrenzung der Praktikumsmöglichkeiten und die Aufzeichnungspflichten.
5. Bei Auftragsvergaben ökonomisches Verhalten berücksichtigen
- Bei öffentlichen Aufträgen muss es für die Auftragnehmer Anreize geben, die Arbeiten schnell abzuarbeiten.
 - Wir fordern daher eine Bonus-Malus-Regelung für die zeitliche Umsetzung von Aufträgen (insbesondere im Baubereich): bei vorzeitiger Fertigstellung soll sich das Honorar erhöhen, bei verspäteter Fertigstellung verringern.

6. Sicherheit als Standortfaktor erhöhen

Die Kriminalitätsentwicklung, ungelöste Migrationsfragen und zunehmende Probleme mit kulturellen Parallelgesellschaften verursachen Ängste und Unsicherheit in der Bevöl-

kerung, aber auch in der Wirtschaft. Investitionsentscheidungen von in- und ausländischen Unternehmen hängen auch und immer stärker von der Sicherheitslage und gesellschaftlichem Frieden ab. Wenn Wirtschaftspolitik erfolgreich sein soll, muss sie sich daher immer auch für die innere Sicherheit stark machen.

1. Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern

Wir fordern eine Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern. Die sichtbare Präsenz vor Ort ist zu stärken. Sogenannte „No-Go-Areas“ dürfen nicht toleriert werden. Respekt vor Polizei und Rettungskräften muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden.

- Wir fordern, die Polizeistärke in Bund und Ländern weiter zu erhöhen.
- Videoüberwachung und modernste Auswertungssoftware sollen ausgeweitet werden, insbesondere für gefährdete Orte.

2. Schnellere Verurteilung, härtere Strafen

Die Dauer von Verfahren, ist für die Opfer unbefriedigend. Auch müssen Tatbegehung, Verurteilung und Strafe schneller erfolgen, damit sie präventive Wirkung beim Täter entfalten. Bei Urteilen wird zu häufig vom Täter hergedacht und zu wenig von den Opfern und der Gesellschaft, so dass Strafen zu milde ausfallen, was das Vertrauen in den Rechtsstaat bei vielen erschüttert.

- Wir fordern, die Justiz durch personelle Maßnahmen in die Lage zu versetzen, Straftäter zeitnah zu verurteilen.
- Die Form des beschleunigten Verfahrens muss deutlich häufiger angewandt werden.
- Wir fordern höhere Hürden für die Aussetzung von Haftstrafen zur Bewährung sowie höhere Mindeststrafen, z. B. bei schweren Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit.
- Wir fordern, die Strafen für normalen Landfriedensbruch zu verschärfen und auch eine Bestrafung von Demonstranten und Zuschauern, die im Kontext von Landfriedensbruch Einsatzkräfte behindern, einzuführen.

3. Illegale Einwanderung verhindern

Noch immer ist nicht gewährleistet, dass es nicht zu massiven illegalen Grenzübertritten an den deutschen Außengrenzen kommt, da die Sicherung der EU-Außengrenzen noch nicht reibungslos funktioniert. In Deutschland müssen wir darauf reagieren. Falsch verstandene Gastfreundschaft ist dabei nicht angezeigt.

- Wir fordern, die wirksame Sicherung der EU-Außengrenze, ersatzweise unserer Grenze gegen illegalen Grenzübertritt.
- Abschiebungen krimineller Ausländer müssen Bundesangelegenheit werden.
- Wir fordern, der Bundespolizei bei der Bekämpfung der unerlaubten Einreise und der Schleusungskriminalität entlang von Hauptverkehrsrouten dieselben Befugnisse einzuräumen wie innerhalb des 30-Kilometer-Bereichs entlang der Grenzen.

4. Cyber-Kriminalität wirksamer bekämpfen

Wirtschaft und Staat sind noch immer unzureichend vorbereitet auf Angriffe aus dem Internet.

- Wir fordern, die Stärkung des nationalen Cyber-Abwehrzentrums durch eigene Bewertungs- und Auswertungsfähigkeiten sowie die Übertragung mit konkreten

Schutzfunktionen, so dass bekannte Quellen von Schadsoftware bundesweit gesperrt werden können. Dazu müssen wir die Bundeskompetenzen, insbesondere im Bereich der Cyber-Abwehr, verfassungsrechtlich verstärken.

5. Keine Tolerierung extremistischer Gruppierungen

Immer wieder kommt es vor, dass linksradikale, zum Teil mit Gewalttätern kooperierende bzw. diese indirekt unterstützende Organisationen, aus staatlichen Mitteln gefördert werden. Damit unterstützt der Staat indirekt Personen und Organisationen, die den Staat und unsere Gesellschaftsordnung bekämpfen.

- Wir fordern, die Einführung einer Demokratie- und Anti-Gewalt-Erklärung als Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Gelder für Bundesförderprogramme für Jugendarbeit und gegen Extremismus. Sollten Vertreter der geförderten Organisationen nachträglich gegen die Erklärung verstoßen, sollen die Gelder zurückgezahlt werden müssen.
- Wir fordern die Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Organisationen, die bei gewalttätigen Demonstrationen den Gewalttätern Hilfestellung leisten oder die Gewalt politisch relativieren.

7. Gesundheitsversorgung sichern

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Dieses zeichnet sich durch ein flächendeckendes Netz von Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken und durch Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle Versicherten (GKV und PKV) aus. Diese gute Versorgung müssen wir auch in Zukunft sichern. Außerdem bilden Medizin und Pflege mit über fünf Millionen Arbeitsplätzen einen dynamischen Sektor unserer Wirtschaft und sind damit eine wichtige Säule des Mittelstands in unserem Land.

- Wir fordern, dass Medizin und Pflege als Wirtschaftsfaktoren anerkannt werden. Dies beinhaltet einen diskriminierungsfreien und fairen Wettbewerb unter allen Leistungserbringern. Monopolartige Strukturen sind für Medizin und Pflege schädlich. Sie behindern Qualität und Innovation.
- Wir fordern mehr Transparenz und Legitimation bei Krankenkassen-dominierten Entscheidungsabläufen in dem zentralen Gremium der Gemeinsamen Selbstverwaltung (Gemeinsamer Bundesausschuss, G-BA).
- Wir fordern, ein stabiles Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung (GKV und PKV). Das duale System beider Versicherungssysteme hat sich bewährt. Auch hier unterstützen wir den Wettbewerb zugunsten moderner medizinischer Infrastruktur und neuer Behandlungsmethoden. Wir sprechen uns deshalb gegen das Einheitssystem einer sogenannten Bürgerversicherung aus.
- Wir fordern die Einsetzung einer Kommission aus unabhängigen Experten sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die – im Dialog mit den Akteuren der Gesundheitswirtschaft, den Leistungserbringern, privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen – in der kommenden Legislaturperiode Reformvorschläge für Beitragsstabilität im Gesundheitswesen unterbreiten sollen.